

Zirkular des Bündnis
Marxismus und Tierbefreiung

HAMMEL SITTICH &

BIODIVERSITÄT

Ökozid hat System und bedroht Mensch, Tier und Natur

CEM ÖZDEMİR

Porträt eines Exponenten des progressiven Neoliberalismus

»WAS TUN?«

Mit Lenin die Tiere befreien

»BEFREIUNG HÖRT NICHT BEIM MENSCHEN AUF«

Ein Kommentar zu einem Aufruf an die politische Linke

TIERVERSUCHSVERBOT

Schweizer Volksinitiative krachend gescheitert

Hammel & Sittich ist ein vom Bündnis Marxismus und Tierbefreiung herausgegebenes Zirkular und erscheint in zwangloser Folge online. Darin veröffentlichen wir Analysen, Kommentare und Diskussionsbeiträge verschiedener Art, die wir der politischen Linken, der Tierbefreiungsbewegung sowie allgemein der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung und Diskussion stellen wollen. Mögliche Gastbeiträge sind als solche gekennzeichnet und geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion oder des Bündnis Marxismus und Tierbefreiung wieder.

Für Kritik und Rückmeldungen sind wir über unsere Homepage sowie per Mail erreichbar:
mutb.org | mutb@riseup.net

Inhalt

Rendite auf Kosten des Artenreichtums	3
Der Biodiversitätsverlust hat gravierende Folgen für Mensch, Tier und Klima	
Exponent des progressiven Neoliberalismus	12
Ein Porträt des Politikers Cem Özdemir	
Mit Lenin die Tiere befreien	18
Ein Diskussionsbeitrag zu »Was tun?«	
Auf dem falschen Weg	28
Ein Kommentar zum Aufruf »Befreiung hört nicht beim Menschen auf!«	
Tierversuche politisch abgesichert	33
Schweizer Volksinitiative gegen Vivisektion krachend gescheitert	

Rendite auf Kosten des Artenreichtums

Der Biodiversitätsverlust hat gravierende Folgen für Mensch, Tier und Klima

Sogar aus dem All sind die Schneisen sichtbar: Von der NASA bereitgestellte Videos zeigen im Zeitraffer, in welchem Ausmaß der Regenwald im Norden Brasiliens seit 1985 dezimiert worden ist. Die Zerstörung kann schon nicht mehr in der Größe einzelner Fußballfelder veranschaulicht werden, sondern es braucht mittlerweile bis zu deren hundertfache Multiplikation, um die Abholzung sichtbar zu machen. Wurden früher, wie NASA-Aufnahmen der 1980er und 1990er zeigen, vor allem kleinere Schneisen von Kleinbauern in den Wald getrieben, werden Rodungen seither von Agrarunternehmen und Viehhaltern großflächig organisiert, vor allem um Weideland für Rinder oder Flächen für den Anbau von Tierfutter zu schaffen.[1] Die Rodungen bedeuten die weltweite Zerstörung von Ökosystemen und Lebensräumen von Menschen, Tieren und Pflanzen, und sie tragen so maßgeblich zu einer gefährlichen globalen Entwicklung bei: dem Rückgang von Biodiversität. Den Rodungen fallen immer mehr sogenannte Biodiversitätshotspots, also besonders artenreiche Ökosysteme wie etwa Urwälder, zum Opfer – auf nur 2,3 Prozent der globalen Landfläche beherbergen solche Hotspots rund 50 Prozent der Pflanzenarten und 77 Prozent der Landwirbeltiere.[2] Was ein

lukratives Geschäft für die Agrarfirmen und das Fleischkapital darstellt, hat aber drastische Konsequenzen – für Tiere, Menschen und für unser Klima.

Lebensnotwendige Vielfalt

Die gängige Definition von Biodiversität stützt sich auf drei Bereiche: die allgemeine Artenvielfalt von Lebewesen (Tiere, Pflanzen, Pilze, Bakterien), die genetische Mannigfaltigkeit an Mitgliedern derselben Art und die Vielfalt unterschiedlicher Lebensräume (zum Beispiel Ökosysteme in Form von Wäldern, Steppen oder Gewässerarten). Als Kernbestandteil jedes Öko-

Im Durchschnitt sterben derzeit Arten hundertmal schneller aus als in den letzten zehn Millionen Jahren – Tendenz steigend.

systems gewährleistet Biodiversität wichtige Funktionen, etwa die Erhaltung von Luft-, Wasser und Bodenqualität, zum Beispiel durch die Entnahme von CO₂ aus der Luft, das Aufrechterhalten

der Bodenfruchtbarkeit oder die Filtration von Wasser. Diese Funktionen können in einem Ökosystem nur durch das Zusammenspiel vieler verschiedenartiger Organismen nachhaltig ausgeführt werden.

Der dramatische Rückgang an Biodiversität wurde jüngst vor allem durch das in Zahlen erfasste Artensterben von Wirbeltieren veranschaulicht. Im Durchschnitt sterben derzeit Arten hundertmal schneller aus als in den letzten zehn Millionen Jahren – Tendenz steigend. Gerade in jüngerer Zeit zeigte sich die Abnahme der Artenvielfalt auf alarmierende Weise: Seit 1970 hat sich laut dem WWF die Bestandsgröße aller erfassten Wir-

beltierpopulationen weltweit um 68 Prozent verringert, wobei die Zahl in Süd- und Mittelamerika sogar bei erschütternden 94 Prozent liegt. Ein solcher Rückgang ist für Ökosysteme deshalb so gravierend, weil alle Tiere und Pflanzen wichtige Funktionen übernehmen, die wegfallen, sobald diese verschwinden. Das momentan aussterbende Breitmaulnashorn beispielsweise legt weite Strecken zurück, über die es mit seinem Kot Pflanzensamen an verschiedenen Orten verteilt und so gleichmäßiges Pflanzenwachstum unterstützt. Stürbe es aus, hätte dies auch Auswirkungen auf die Pflanzenwelt. Dass das Aussterben einer Art einen Dominoeffekt auslösen kann, hat sich auch in den 1920er-Jahren im Yellowstone-Nationalpark gezeigt: Nachdem die dort lebenden Wölfe ausgerottet worden waren, nahmen die Elch- und Rehpopulationen zu. Diese fraßen Pflanzen an Flussufern ab, was nicht nur dort nistenden Vögeln den Lebensraum

Die Entscheidung zum Raubbau an der Natur und Zerstörung von Lebensräumen wird jedoch von den Kapitalisten getroffen – welche aus der Naturzerstörung Profit schlagen.

stahl, sondern auch zur Erosion der Flussufer führte.^[3] Das Ende auch nur einer Art kann somit zu einer Kettenreaktion führen und ein ganzes Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringen.

Auch für Menschen, die für ihre Reproduktion auf Biodiversität angewiesen sind, stellt deren Rückgang ein Problem dar. Nicht ohne Grund werden Biodiversität und gesunde Ökosysteme als der »Reichtum der Armen« betitelt. Auf diesem beruhen je nach Quelle 50–90 Prozent des Lebensunterhalts der armen Land- und Waldbevölkerung: Ein gesundes Ökosystem

versorgt die in der Nähe lebende Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, zudem ist sie für die Wasserversorgung, die Beschaffung von Brennholz oder die Verfügbarkeit von Heilpflanzen von einer intakten Biosphäre abhängig. So sind weltweit noch immer drei Milliarden Menschen auf Holz zum Kochen und Heizen angewiesen, und vier Milliarden Menschen nutzen Heilpflanzen aus der Natur.[4] Ihre Zerstörung hat somit direkte Auswirkungen auf die unmittelbar von ihr abhängige Bevölkerung, die ohnehin zu den ärmsten gehört. Ein Verlust an Biodiversität hat somit letztlich negative Konsequenzen für die Regulation des Klimas, für Flora und Fauna sowie die von intakten Ökosystemen abhängigen Menschen. Forscher und Klimaaktivisten warnen daher weltweit vor ihrem beschleunigten Rückgang. Die Entscheidung zum Raubbau an der Natur und Zerstörung von Lebensräumen wird jedoch von den Kapitalisten getroffen – welche aus der Naturzerstörung nämlich Profit schlagen.

Mehr Produkte, mehr Profite, mehr Biodiversitätsverlust

Der weltweite Biodiversitätsverlust, dessen Rate seit der sogenannten Industriellen Revolution angestiegen ist und in den 1970ern exponentiell zugenommen hat, korreliert nicht zufällig mit der Intensivierung der Umverteilung des Reichtums von der Peripherie in die Zentren im Neoliberalismus, welche auch mit einer Explosion der Warenproduktion und des -transports einhergeht. Weltweit werden heute jährlich nur schon auf dem Seeweg elf Milliarden Tonnen an Rohstoffen und Waren gehandelt – mehr als dreimal so viel wie noch in den 1970er Jahren.[5]

Die gleichzeitige Produktionssteigerung an Agrargütern kann jedoch nicht ohne ein spezifisches Produktionssystem in der Landwirtschaft gewährleistet werden: dem Monokulturanbau. Bei diesem soll durch den Anbau einer einzelnen Pflanzenart mit diversen technischen Hilfsmitteln („Inputs“) – vor allem Pestiziden, Herbiziden, Düngemitteln und Arbeitsgeräten – sowie Landveränderungen ein möglichst großer Output generiert werden. Diese Form industrieller Landwirtschaft geht unmittelbar auf Kosten der Biodiversität. Entweder führt der Monokulturanbau auf direktem Weg zur Zerstörung von Lebensräumen, da er oftmals auf eigens gerodeten und umgewandelten Waldflächen stattfindet, oder über den exzessiven Gebrauch von Hilfsmitteln. Der umfangreiche Einsatz von Pestiziden führt beispielsweise zur Verschmutzung naheliegender Gewässer oder zum direkten Tod von Wildtieren durch Vergiftung.

Eine solche extensive Landwirtschaft kann nur mit großem Kapital zum Kauf von Boden und entsprechenden Gerätschaften betrieben werden. Monokulturanbau beruht somit vor allem auf umfassender Kontrolle an Grundeigentum und Gewinnorientierung des Agrobusiness und wird von diesem vorangetrieben. Dabei bereichert sich eine immer kleinere Zahl großer Firmen, die Monopole auf dem Markt halten, die landwirtschaftliche Produktionskette dominieren, die Produktion standardisieren und zentralisiert steuern: Dupont de Nemours, Syngenta und Bayer besitzen heute 75 Prozent der landwirtschaftlichen Inputs. Solche Firmen bieten Saatgut zum passenden Pestizid an, und Düngemittel gleich

Dupont de Nemours,
Syngenta und Bayer besitzen
heute 75 Prozent der
landwirtschaftlichen Inputs.

dazu – eine durchtechnisierte Monokultur, die jegliche Agrobiodiversität, also die Vielfalt von Pflanzen auf einer Agrarfläche, sowie durch Pestizide auch anliegende Ökosysteme ruiniert.[6]

Ist die Agrobiodiversität erst einmal zerstört und die Fruchtbarkeit des Bodens verloren, verschlimmern die Konzerne die Probleme noch, indem sie die Landwirtschaft auf vorhandener Fläche weiter intensivieren und landwirtschaftlich genutzte Flächen ausdehnen.[7] Eine solche Landnutzung kann über eine kurze Zeit zwar zu höheren

Monokulturanbau kann über eine kurze Zeit zwar zu höheren Ernteeinträgen führen und den Agrarfirmen die Kassen füllen. Die Kosten dafür müssen aber unter anderem künftige Generationen ansässiger Menschen zahlen.

Ernteeinträgen führen und den Agrarfirmen die Kassen füllen. Die Kosten dafür müssen aber unter anderem künftige Generationen ansässiger Menschen zahlen.

Auch der Handel trägt zur Zerstörung der weltweiten Biodiversität bei, beispielsweise durch die zunehmende Einführung invasiver Tier- und Pflanzenarten,[8] welche lokale Arten verdrängen. Die vermehrt gehandelten Produkte müssen transportiert werden, und nicht zuletzt aufgrund der Handelsliberalisierung im Neoliberalismus hat der Handel geradezu explosionsartig zugenommen – um das zweihundertfache in den kapitalistischen Zentren und sogar um das 1200-fache in der Peripherie. Invasive Pflanzen- und Tierarten werden just über jene Handels- oder Verbindungswege eingeführt, welche insbesondere in jüngerer Zeit errichtet worden sind, um Rohstoffe abzuführen und Waren zu transportieren. Ein Beispiel für die verheerenden Konsequenzen ist die Insel Guam: Der Hunger

der durch Menschen eingeführten Braunen Nachtbaumnatter sorgte nach dem Zweiten Weltkrieg dafür, dass zehn von zwölf einheimischen Vogelarten und viele Kleintiere ausstarben. An-sässigen Flughunden und Eidechsen fiel so die Nahrung weg.[9]

Faktor Fleischindustrie

Die Fleischindustrie spielt eine zentrale Rolle bei der monokulturellen Intensivierung der Landwirtschaft. Für die Viehhaltung und Tieraufzucht werden riesige Landflächen zu Lasten biodiver-ser Urwälder erschlossen. So etwa in Brasilien, wo mit JBS der größte Fleischproduzent der Erde angesiedelt ist. Weltweit werden mittlerweile 77 Prozent aller landwirtschaftlichen Flä-chen für die Viehhaltung und -zucht benötigt. Die indus-trialisierte Fleischproduktion wäre also im heutigen Maß-stab ohne Monokulturanbau kaum denkbar,[10] weil nur dieser die gigantischen Men-gen der erforderlichen günstigen, kalorienreichen Futtermittel hervorbringt. Das Fleischkapital treibt daher die Ausdehnung der intensivierten Landwirtschaft weiter an – obwohl Fleisch nur 17 Prozent der weltweit konsumierten Kalorien und 33 Prozent der Proteine ausmacht.[11] Die Fleischindustrie ist mit 14,5 Prozent aller emittierten Treibhausgase nicht nur mit-verantwortlich für den Klimawandel, sondern ebenso für den Rückgang der Biodiversität.

Weltweit werden
mittlerweile 77 Prozent aller
landwirtschaftlichen Flächen
für die Viehhaltung
und -zucht benötigt.

Der in rasender Geschwindigkeit voranschreitende Rück-gang globaler Artenvielfalt wird heute nicht ohne Grund als

»Massensterben« bezeichnet. Dieser buchstäblich lebensbedrohliche Prozess ist jedoch keine unvorhersehbare Naturkatastrophe, sondern er ist kapitalgemacht. Die industrialisierte Landwirtschaft erodiert Böden und zerstört Habitate von Tieren – im Namen von Agromultikonzernen wie Archer

Insbesondere das Fleischkapital treibt als Hauptabnehmer für Soja oder Weizen als Tierfutter den Raubbau an der Natur sowie die Zerstörung der Artenvielfalt weiter voran.

Daniels Midland und Bunge mit Hauptsitz in den USA, Louis Dreyfus aus den Niederlanden oder Cofco aus China, sowie im Namen von Düngemittel- und Pestizidherstellern wie Syngenta, BASF, Bayer und seinem Tochterunternehmen Monsanto. Insbesondere

das Fleischkapital treibt dabei als Hauptabnehmer für Soja oder Weizen als Tierfutter den Raubbau an der Natur sowie die Zerstörung der Artenvielfalt weiter voran.

Hier muss also ansetzen, wer dieser Entwicklung nachhaltig Einhalt gebieten will. Konkrete Maßnahmen wie etwa der Schutz oder Wiederaufbau von Ökosystemen und Biodiversitätshotspots durch den gesetzlichen Entzug von Nutzungsrechten, durch Aufforstungsprogramme oder den Ausbau von Naturschutzreservaten, wären als realpolitische Schritte dahingehend sinnvoll und unterstützenswert. Ein Blick auf die Grundlagen des Raubbaus an der Natur zeigt jedoch, dass es letztlich die monopolistisch strukturierte Produktionsweise der industriellen Agrarpolitik und die kapitalistische Profitmacherei selbst sind, die den Verschleiß der Biodiversität hervorbringen. Das globale Artensterben zu stoppen, muss daher letzten Endes heißen, in die Eigentumsverhältnisse des Agro-

business einzugreifen. Sollen Menschen, Tiere und funktionierende Ökosysteme eine Zukunft haben und der jetzt schon dramatische Klimanotstand halbwegs abgewendet werden, müssen die Landwirtschaft und ihre in Destruktivkräfte verwandelten Produktivkräfte dem Kapital entzogen und unter demokratische, sozial und ökologisch nachhaltige Planwirtschaft überführt werden. Nur so kann eine sinnvolle Produktion gewährleistet werden, die der pflanzlichen Ernährung dient und das Fortbestehen sowohl der Ökosysteme wie auch der menschlichen Gattung aufrechterhält.

Das globale Artensterben zu stoppen, muss daher letzten Endes heißen, in die Eigentumsverhältnisse des Agrobusiness einzugreifen.

Monika Kern

Exponent des progressiven Neoliberalismus

Ein Porträt des Politikers Cem Özdemir

Mit der Amtseinführung der deutschen Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP im Dezember 2021 ist auch im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein neuer Chef eingezogen. Auf die Weinkönigin, »Lebensschützerin«^[1] und Freundin^[2] der Lebensmittelindustrie^[3] Julia Klöckner (CDU) folgte Cem Özdemir von Bündnis 90/Die Grünen.

Ein grüner Landwirtschaftsminister? Der zudem bekennender Vegetarier ist? Anders als die in den Medien zu seinem Amtsantritt zirkulierenden Klischees suggerierten, gibt es für die Agrar- und Fleischindustrie wenig Anlass zur Sorge vor dem Realo-Grünen.

Ökologische Modernisierung der Landwirtschaft

Zwar verkündete der 56-jährige Schwabe in seiner ersten Regierungserklärung vollmundig, er sei »nicht bereit, ein ausbeuterisches System weiter hinzunehmen, das auf Kosten der Menschen geht, das auf Kosten der Tiere und das auf Kosten des Klimas geht«^[4]. Allerdings hat Özdemir ein eher wirtschaftsliberales Verständnis von Ausbeutung. Schon vor seiner

Vereidigung versicherte er in Richtung Tönnies, Vion und Co: »Wer Fleisch essen will, kann das gerne tun. Wer Fleisch produziert, darf das auch tun.«[5] Und seine Generallinie gegenüber der Landwirtschaft in den ersten Tagen im Amt lautet: »Wertschätzung und Wertschöpfung« für »Landwirte«[6]. Als Ausbeutung, die beendet werden soll, begreift der Minister also das Töten der Tiere oder die Mehrwertaneignung durch große und kleine Unternehmer nicht. Beides soll erhalten werden. Vielmehr beabsichtigt er lediglich, weithin dokumentierte Extreme im Produktionsprozess des Agrobusiness einzuhegen, etwa besonders »lange«[7] Tiertransporte oder die Massentierhaltung.

»Wer Fleisch essen will, kann das gerne tun. Wer Fleisch produziert, darf das auch tun.«

Ein »Mehr« an »Tierwohl« und »Klimaschutz« ebenso wie etwas mehr Geld für die kleineren Landwirte, so Özdemirs Plan, sind durchaus mit strikteren Auflagen für die Fleischindustrie und mit einer verbindlichen Haltungsform-Kennzeichnung für Fleisch (»Tierwohllabel«) – den beiden halbwegs konkreten Projekten, die er bisher angekündigt hat – vereinbar. Zu deren Finanzierung schweigt er sich bisher allerdings aus. Er betont, die Menschen seien bereit, mehr für »besseres« Fleisch auszugeben und beteuert gleichzeitig: »Fleisch soll kein Luxusgut sein.«[8] Eine moderate Erhöhung des Fleischpreises, zum Beispiel über die Mehrwertsteuerangleichung, wie es Greenpeace und Tönnies unisono ins Spiel gebracht haben[9], ist also wahrscheinlich.

Mit diesen Verlautbarungen und Maßnahmen zeichnete sich schon nach den ersten Tagen im Amt eine für Özdemir typische Politik ab: Er verfolgt eine grün-liberale Modernisie-

rungsstrategie, in diesem Fall gegenüber der Landwirtschaft. Einige der schlimmsten Missstände sollen eingedämmt und einer kleineren Kapitalfraktion (hier den »ökologisch« wirtschaftenden Agrarunternehmen) soll Platz auf dem Markt verschafft werden. Dadurch setzt er handverlesene Forderungen sozialer Bewegungen (etwa nach »mehr Transparenz für Verbraucher«, »fairen Preisen« für Agrarprodukte und nach »art-

gerechter Tierhaltung«^[10]) um und bindet deren in diesen Feldern dominante liberale Fraktionen so politisch ein. Özdemir sieht sein Haus nicht ganz zu Unrecht in der

Der neue Minister tastet die Profite und die Macht der Agrar- und Fleischkonzerne nicht wirklich an.

Nähe der jährlichen »Wir-haben-es-satt«-Demonstration in Berlin^[11], die von NGOs wie Greenpeace und BUND sowie von Unternehmensverbänden wie Demeter und Bioland getragen wird.

Gleichzeitig tastet der neue Minister die Profite und die Macht der Agrar- und Fleischkonzerne nicht wirklich an. Es mag sein, dass einzelne Unternehmen finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Aber im Großen und Ganzen schützt er ihre Gewinne, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit den Standort Deutschland. Ähnlich behutsam ist der Ex-Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verkehr (2018–2021) schon mit der Automobilindustrie umgesprungen. Deren Erfolg wollte er mit »einer neuen Politik für Innovationen, Wertschöpfung und Klimaschutz«^[12] garantieren. Mit anderen Worten: Wer Veränderungen will, seien sie noch so klein, soll Grüne wählen und als Konsument dafür bezahlen, ob nun für »besseres« Fleisch oder ein E-Auto. Das ist der

Sinn hinter dem Motto »Zwischen Umwelt und Wirtschaft gehört kein Oder«^[13], das auf Özdemirs Homepage prangt.

Mit diesem Politikansatz ökologischer Modernisierung des Kapitalismus verkörpert der langjährige Bundesvorsitzende der Grünen (2008–2018) geradezu, was die US-Feministin Nancy Fraser »progressiven Neoliberalismus« genannt hat. Mit dem Begriff bezeichnet die Professorin für Politikwissenschaften und Philosophie ein Bündnis verschiedener Kapitalfraktionen und einzelner Gruppen aus den sozialen Bewegungen, das gleichzeitig für eine neoliberale Wirtschafts- und eine liberale, mitunter auf individueller Leistung beruhende Anerkennungspolitik eintritt.^[14] Özdemir ist ein Organisator und Exponent dieses Bündnisses in Deutschland.

Wer Deutschland nicht nützt...

Das zeigt sich auch auf den Politikfeldern, die der Sohn türkischer »Gastarbeiter« normalerweise als seine Domäne betrachtet. In der Migrationspolitik zum Beispiel. Einerseits moniert er institutionalisierten Rassismus gegen Nicht-Deutsche. Andererseits fordert der selbsternannte »Verfassungspatriot«^[15] von »Leuten, die aus einer anderen sozialen Schicht stammen – ob deutsch oder migrantisch: ›Strengt euch an, seid fleißig, dann steht euch frei, alles zu werden.«^[16] Als ob gesellschaftlicher Aufstieg in erster Instanz eine Frage individueller Leistung sei – und nicht sozialer Klassenverhältnisse.

Das Engagement für »Integration« des Gründungskurators der Amadeo-Antonio-Stiftung^[17] geht ferner einher mit einem Plädoyer für »ein modernes und zukunftsfähiges Einwanderungsgesetz«. Dieses müsse sich »ganz utilitaristisch an den

sozialen und ökonomischen Interessen unseres Landes« ausrichten, zu dem er, das sei hinzugefügt, »immer ein positives Verhältnis« gehabt habe. Gleichwohl sei »allen klar«, so stehe es im grünen Wahlprogramm, »nicht jeder Schutzsuchende, der zu uns kommt, kann bleiben«[18]. Wirtschaftlich nützliche und verfassungstreue Migranten, die Mehrwert schaffen, sind also erwünscht und sollen auch möglichst »gleiche Chancen«[19] bekommen. Der Rest soll hingegen bleiben, wo der Pfeffer wächst.

Für jeden Krieg im Namen von »Demokratie« und »Freiheit«

Das Pendant zur »progressiven« Modernisierung der neoliberal-kapitalistischen Ökonomie im Inland ist der »liberale« Imperialismus nach außen. Mit ideologischen Phrasen über Freiheit, bürgerliche Demokratie, Verantwortung und Menschenrechte legitimieren dessen Vertreter Kriegseinsätze zwecks Durchsetzung deutscher und westlicher Macht- und Unternehmensinteressen.

Cem Özdemir hat sich hier in den letzten Jahren besonders profiliert. Er will nicht nur die Bundeswehr »diverser« machen, »mit einem höheren Frauenanteil und LSBTI«[20], um sie besser in der Gesellschaft zu verankern, oder eine »europäische Armee«[21]. Es gibt auch fast keinen Krieg, dem er nicht das Wort geredet hätte – notfalls auch durch die Instrumentalisierung der deutschen Vergangenheit oder des Leids der Zivilbevölkerungen in den betroffenen Regionen.[22]

Der Kosovokrieg 1999? – Habe die Grünen als »Friedenspartei gefestigt«. »Heute sagen wir klar: Es braucht als äußerstes

Mittel auch den Einsatz des Militärs, damit Deutschland und Europa ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden können.«[23] Afghanistan und Libyen? – »Ich finde es nach wie vor falsch, dass sich Deutschland bei der Libyen-Intervention enthalten hat und habe dem Militäreinsatz in Afghanistan zugestimmt.« Syrien? – Der Falke Özdemir beklagt, dass zu wenig getan wurde. Er sei offen für eine Flugverbotszone gewesen.[24] Das Leib- und Magenthema des bekennenden Transatlantikers ist aber die Konfrontation mit Russland und die westliche Eroberung Osteuropas als Arbeitskräfte-reservoir, erweiterter Absatzmarkt und Exporteur billiger Rohstoffe. Jüngst verknüpfte er sogar ökologische Modernisierung der Lebensweise mit antirussischer Propaganda: »Weniger Fleisch zu essen, wäre ein Beitrag gegen Putin.«[25] Und natürlich gilt auch für den außenpolitischen Scharfmacher: »Wer Israel angreift, bekommt es mit Deutschland zu tun.«[26]

Wer sich so für die Interessen
»Deutschlands« im Ausland ins
Zeug legt, ist keine Bedrohung
für deutsche Kapitalisten oder
deren Ausbeutungsmodell.

Wer sich so für die Interessen »Deutschlands« im Ausland ins Zeug legt, ist keine Bedrohung für deutsche Kapitalisten oder deren Ausbeutungsmodell. Einer, der das bereits begriffen hat, ist niemand geringeres als Clemens Tönnies: Der lobte Özdemir bereits für dessen »pragmatische Positionen«[27] als Landwirtschaftsminister.

Raul Lucarelli

Mit Lenin die Tiere befreien

Ein Diskussionsbeitrag zu »Was tun?«

Trotz einiger Erfolge gelingt es der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung bis dato nicht, genügend Schlagkraft zu entwickeln, um der Tierausbeutungs- und Fleischindustrie ausreichend Widerstand entgegenzusetzen. Diese Schwäche im Kampf für die Befreiung der Tiere ist allerdings keine isolierte Erscheinung. Vielmehr steht sie exemplarisch für die Schwierigkeiten, vor denen soziale Bewegungen heute im Allgemeinen stehen. Gleichzeitig geht die hiesige marxistische Linke, welche die prinzipiellen Mittel für das Verständnis dieses Misslingens besäße, in annähernder Bedeutungslosigkeit unter.

Die gemeinsame Auseinandersetzung mit Lenins Schrift »Was tun?« in einer Lesegruppe unseres Bündnisses führte angesichts solcher Probleme zu einem Interpretationsversuch dieses 1902 verfassten Beitrags zur Organisationsfrage für die derzeitige Situation. Obwohl das Werk des marxistischen Theoretikers und russischen Revolutionärs in den heutigen westlichen Kontext gesetzt werden muss, da es zur Zeit des Zarisismus geschrieben wurde, lassen sich Ideen für die Ausrichtung und Organisation politischer Arbeit aus der Lektüre mitnehmen. Die Vergegenwärtigung von Lenins Auffassungen in »Was

tun?« lohnt sich nicht nur für Aktivisten sozialer Bewegungen wie der Tierbefreiungsbewegung, sondern genauso für marxistische Linke, welche den desolaten Zustand ihrer eigenen Strömung überwinden wollen. Zuerst wird auch betrachtet, was marxistische Linke heute über die bekannten Kernaussagen Lenins hinaus aus »Was tun?« lernen könnten.

Die Tierfrage als Feld der Agitation

Die Anliegen gewisser sozialer Bewegungen wie der feministischen oder der Klimabewegung besitzen gegenwärtig enormes Mobilisierungspotential. Viele junge Menschen sind auch hierzulande bereit, gegen bestimmte Auswüchse des Kapitalismus auf die Straße zu gehen. Mehr als einige Zugeständnisse, die an das Wesentliche nicht heranreichen, trotzen sie den Herrschenden jedoch bislang nicht ab. Die marxistische Linke wiederum, die explizit die Überwindung des Kapitalismus anstrebt, ist politisch marginalisiert. Wie geht das zusammen?

Neben offensichtlichen anderen gewichtigen Gründen lässt sich diese Konstellation zumindest zum Teil aus der Art und Weise erklären, wie sich Marxisten zu den sozialen Bewegungen und deren Forderungen verhalten. Entweder werden die Bewegungen unterstützt, deren Kernbotschaften hochgehalten und damit auch ihre stellenweise liberalen Inhalte übernommen, oder es wird bei einem wohlwollenden, zumeist aber praktisch nicht existierenden Verhältnis belassen. Jedenfalls tun sich marxistische Linke nicht gerade als Wortführer der jüngeren sozialen Bewegungen hervor. Anstatt tonangebend in der Kritik konkreter Erscheinungen der kapitalistischen Widersprüche zu sein, hinkt die marxistische Linke in ihrer Positionenfin-

dung den real existierenden gesellschaftlichen Forderungen in mancherlei Fragen hinterher. So auch in der Tierfrage.

Lenin, der mit seiner Schrift in die strategischen Debatten der (damals noch sozialdemokratisch genannten) sozialistischen Bewegung intervenierte, hielt nichts von einer vorschnellen »Einengung des politischen Kampfes«.[1] Die Agitation ausschließlich auf bestimmte Themenfelder zu beschränken, ergab für ihn keinen Sinn: Es galt, alle Widersprüche zwischen den Klassen einer Gesellschaftsformation, jeden aufkeimenden Protest aufzugreifen. Auf »alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen«, sollte laut Lenin reagiert werden, um »an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen«.[2] In diesem Sinn muss das unmittelbare Ziel sozialistischer Agitation auch heute noch sein, Aktivisten aus allen progressiven

Mit Lenin findet man ein Argument dafür, warum marxistische Linke eine sozialistische Position in der Tierfrage entwickeln müssten.

Bewegungen für den Kampf zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu gewinnen – auf allen Feldern des Klassenkampfes und auf dem Boden eines revolutionären Programms.

Daher Lenins Aufforderung, »sich aktiv in jede ›liberale‹ Frage einzumischen« und »die sozialdemokratische Stellung zu dieser Frage zu bestimmen«.[3]

Mit Lenin findet man somit ein Argument dafür, warum marxistische Linke ihre eigene, eine sozialistische Position in der Tierfrage und damit zur Fleischindustrie als Verdichtung der Tierausbeutung entwickeln müssten. Darüber hinaus lassen

sich seiner Schrift Hinweise darauf entnehmen, wie ein entsprechender Umgang mit den sozialen Bewegungen wie der Tierbefreiungsbewegung und ihren Anliegen aussehen könnte: Die Empörung über das Elend der Tiere und das Treiben der Fleischindustrie sollte als Ausgangspunkt für die Agitation gegen den Kapitalismus genommen werden. Sozialistische Organisationen müssten sich ihrer »Aufgabe bewusst« werden, »alle Erscheinungen der Unzufriedenheit auszunutzen«[4], und die aus diesem spezifischen Widerspruch hervorgehende Bewegungspraxis nicht einfach zu unterstützen, sondern in eine aktive Beteiligung am Klassenkampf gegen das Kapital zu überführen. Dies schließt insofern die Erneuerung und Erweiterung der eigenen Programmatik ein, als dass der Widerspruch zwischen Kapital und Tieren zum Feld der eigenen Auseinandersetzung gemacht werden und das sozialistische Befreiungsprojekt sich auch auf die Interessen der Tiere erstrecken müsste. Nimmt sich die marxistische Linke dieser Aufgabe nicht an, so wird der Kampf gegen die Ausbeutung der Tiere von bürgerlichen und anderen Kräften vereinnahmt. Damit verliert sie mit dem Zugang zu Menschen und Bewegungen zugleich ein potentiell Feld der Agitation.

Integrationsfalle Movementismus

Eine Ursache des Unvermögens der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung wiederum, eine politische Praxis hervorzubringen, die kapitalistische Tierausbeutung wirklich infrage stellen kann, ist nicht zuletzt das in ihr vorherrschende movementistische Bewusstsein. Es zeichnet sich unter anderem durch eine Single-Issue-Orientierung, wie hier der ausschließliche Fokus

auf die Tierfrage, und die Ansicht, dass Bewegungspolitik – gegenüber anderen, größeren Organisationsformen – der einzig gangbare oder zumindest der Königsweg sozialer Veränderung sei. Die oftmals dominante Ausrichtung darauf, eine Gesellschaft durch kulturelle Verhaltensänderungen der Individuen zu transformieren, kann zudem die ideologische Vorstellung bestärken, Bewegungen seien kein Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck.

Beim Versuch zu verstehen, wie movementistische Ansichten überwunden werden könnten, kann uns eine Beobachtung Lenins weiterhelfen. Ausgehend von seinen Erfahrungen mit der russischen Arbeiterbewegung stellt er fest, »dass die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches [gewerkschaftliches] Bewusstsein hervorzubringen vermag«. [5] Eine politische Auffassung sämtlicher Facetten der Gesellschaft ist selbstverständlich auf die praktischen Klassenkämpfe in den Betrieben angewiesen, erwächst ihm zufolge

aber nicht spontan aus diesen. Folglich sei es, so Lenin, Aufgabe der Sozialdemokratie, das ökonomistische (auf Kämpfe um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen ver-

In den heutigen sozialen Bewegungen dominiert im Kern eine Form des linksliberalen Politizismus.

engte) in ein sozialistisches Bewusstsein zu überführen, das die Produktions- und Eigentumsverhältnisse sowie alle Fragen der politischen Herrschaft umfasst.

Die Sachlage ist für unseren Kontext heute sicher anders als zu Lenins früher Schaffenszeit. Die Feststellung, dass sich ein gefestigtes sozialistisches Bewusstsein nicht herausgebildet hat, gilt jedoch nicht nur für die junge Arbeiterbewegung im za-

ristischen Russland, sondern lässt sich auf viele der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen nach 1968 sowie den heute an sie anschließenden Bewegungen ausdehnen. In diesen steht das Problem komplementär zum Ökonomismus. Es dominiert im Kern eine Form des linksliberalen Politizismus, also ein auf politisch-kulturelle Veränderungen des Denkens, der Subjekte, der Lebensweise und der staatlichen Regulierungen verengtes Bewusstsein. Eigentums-, Produktions- und Klassenverhältnisse bilden bestenfalls einen Zusatz.

Wie es Lenin einst für rein gewerkschaftliche Auffassungen der Arbeiterbewegung vorgeschlagen hat, so müsste dieses movementistische Bewusstsein sozialer Bewegungen in ein sozialistisches umgeformt werden. Da dies für ihn nicht als spontaner Prozess gedacht werden kann, kann es nur durch die sozialistische Bildung, das heißt systematische theoretische und politische Schulung der Aktivisten, erreicht werden. Zugegeben, die bestehenden Zustände sind dabei nicht gerade förderlich, aber was dabei auf dem Spiel steht, sind nicht einfach irgendwelche Fragen der Einheitlichkeit der politischen Ansichten. **Orientiert sich die Praxis nicht bewusst an kritischer Gesellschaftstheorie, richtet sie sich unbewusst an den gegenwärtig gesellschaftlich hegemonialen Positionen aus.** Damit haben soziale Bewegungen wie die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung aber den Integrationsbestrebungen der herrschenden Klasse inhaltlich nichts Substanzielles entgegenzusetzen.

Orientiert sich die Praxis
nicht bewusst an kritischer
Gesellschaftstheorie, richtet sie
sich unbewusst an den
gegenwärtig gesellschaftlich
hegemonialen Positionen aus.

Alles eine Frage der Organisation

Der Mangel an sozialistischem Bewusstsein lässt sich mit Lenin nicht nur als eine Folge von falsch akzentuierten Kapazitäten oder als Beschäftigung mit der falschen Theorie begreifen, sondern auch als ein Problem der Organisation. Das Handeln heutiger Bewegungsakteure wird immer noch von einem Muster geprägt, das Lenin mit Blick auf die Praxis der russischen Arbeiterbewegung an der Jahrhundertwende als »Hand-

Der Mangel an sozialistischem Bewusstsein lässt sich mit Lenin nicht nur als eine Folge von falsch akzentuierten Kapazitäten oder als Beschäftigung mit der falschen Theorie begreifen, sondern auch als ein Problem der Organisation.

werkerei« kritisiert hat. Er beschreibt das Phänomen paradigmatisch wie folgt: Über das ganze Land versprengt und voneinander weithin isolierte sozialdemokratische Gruppen beginnen Arbeiter bei Betriebskämpfen zu unterstützen und zu agitieren. Die Arbeiter organisieren sich – entlang der ökonomi-

schen Kämpfe – politisch. Die Arbeiterbewegung erhält Zulauf und es kommt zu ersten größeren Konfrontationen. Damit setzt staatliche Repression ein. Die politischen Organisationen werden zerschlagen und deren Köpfe inhaftiert. Damit beginnt der Prozess wieder von vorn, »eben weil diese Kampfhandlungen nicht das Resultat eines systematischen Planes für einen langen und hartnäckigen Kampf waren«. [6]

Die Ähnlichkeit mit dem Verlauf der internationalen Stop Huntingdon Animal Cruelty-Kampagne oder der Repressionsgeschichte der österreichischen Basisgruppe Tierrechte ist

verblüffend. In dieser Abstraktheit prägt Lenins Beschreibung des naturwüchsigen Entstehungs- und Verfallsprozesses – ob nun aufgrund von Repression, materieller Zugeständnisse oder schlicht frustrierender Ohnmacht – die politische Landschaft sozialer Bewegungen bis heute. Diskontinuität politischer Arbeit, die lokale Begrenzung der Organisation und die Isoliertheit der Kämpfe werfen Bewegungen wie die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung stets zurück auf Start. Die fehlende organisatorische Kontinuität behindert nicht nur die Ausbildung eines sozialistischen Bewusstseins und einer entsprechenden politischen Programmatik. Sie schwächt auch die Kampfkraft und -fähigkeit gegenüber dem politischen Gegner im Allgemeinen und dem Tierkapital im Besonderen.

Eine Möglichkeit, aus der Kreisbewegung herauszutreten, sah Lenin im planmäßigen Aufbau einer sozialistischen und bewegungsübergreifenden Organisation. Sie kann – gerade in nicht-revolutionären Zeiten – erstens den Fortbestand kämpfender Bewegungen sichern, indem sie Aktivisten fortwährend theoretisch und politisch bildet sowie neuen Mitkämpfern einen Anlaufpunkt bietet. Zweitens kann sie die verschiedenen Kämpfe auf der Basis einer revolutionären Perspektive praktisch verbinden. Drittens ist sie imstande, in neu entstehende politische Auseinandersetzungen strukturierend einzugreifen.

Die zur Überwindung der Handwerksklerei notwendige Organisationsform erwächst aber weder zwingend noch spontan aus

Die zur Überwindung der Handwerksklerei notwendige Organisationsform erwächst weder zwingend noch spontan aus den sozialen Bewegungen oder ihren Kämpfen.

den sozialen Bewegungen oder ihren Kämpfen. Offensichtlich könnte der Aufbau einer solchen Struktur gegenwärtig nicht unmittelbar oder nur unter erheblich erschwerten Bedingungen angegangen werden, unter anderem weil dafür benötigte politische Kräfte marginalisiert sind. Gleichwohl kann die Idee zur Orientierung beitragen. Das Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie versucht etwa, die verschiedenen Gruppen der Tierrechts- und Tierbefreiungs- sowie der Klimabewegung durch gebündelte Aktivitäten gegen einzelne Exponenten der Fleischindustrie zusammenzuführen. Es bleibt jedoch eine offene Aufgabe, den Anschluss an die Arbeiter, die Arbeiterbewegung und die marxistische Linke herzustellen sowie sozialistische Positionen zur Tierindustrie zu entwickeln, welche die bestehende Gesellschaftsordnung als Ganze infrage stellen. Würde dieses Vorhaben effektiv angegangen, käme man nicht nur dem Ziel der Befreiung der Tiere ein Stück näher.

Keine rosige Ausgangslage

Man kann mit Blick auf die Schwäche marxistischer Organisationen bei gleichzeitiger vergleichsweise Stärke Neuer Sozialer Bewegungen aus der Lektüre von Lenins »Was tun?« dreierlei mitnehmen. Erstens sollte die marxistische Linke sämtliche Widersprüche des Kapitalismus zum Gegenstand ihrer Agitation und politischen Praxis machen. Das würde mit Bezug zur Tierausbeutung zunächst bedeuten, eine marxistische Position zur Tierfrage zu entwickeln, diese in der bestehenden Bewegung theoretisch zu vertreten und sich praktisch in ihr einzubringen. Die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung müsste sich wiederum zweitens aktiv den theoretischen und drittens

den organisatorischen Anforderungen des Kampfs für Tierbefreiung als Klassenkampf stellen. Will sie eine schlagkräftige und widerstandsfähige Praxis entwickeln, muss sie ihre movementistische Orientierung mithilfe sozialistischer Bildung und durch die Arbeit hin auf den planmäßigen Aufbau einer sozialistischen Organisation, die die Abschaffung der Tierausbeutung als Teil ihres Kampfes für den Sozialismus begreift, ihre Handwerksklerei überwinden.

In letzterem Vorschlag sowie in der Notwendigkeit zur Erneuerung der eigenen Politik treffen sich die Interessen der marxistischen Linken und historisch jüngerer sozialer Bewegungen wie der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung. Die Bedingungen dafür sind unter den gegebenen Verhältnissen nicht gerade rosig. Während die Arbeiterbewegungsorganisationen größtenteils sozialpartnerschaftlich ausgerichtet sind, vertreten die sozialen Bewegungen mehrheitlich liberale Standpunkte. Der bescheidene Beitrag einer Auseinandersetzung mit Lenins

Der Beitrag der Auseinandersetzung mit Lenins »Was tun?« vermag darin zu liegen, relevante Fragen und Probleme für Aktivisten der marxistischen Linken und der sozialen Bewegungen überhaupt wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

»Was tun?« vermag vor diesem Hintergrund nicht zuletzt darin zu liegen, relevante Fragen und Probleme für Aktivisten der marxistischen Linken und der sozialen Bewegungen überhaupt wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Daniel Hessen

Auf dem falschen Weg

Ein Kommentar zum Aufruf »Befreiung hört nicht beim Menschen auf!«

Mitte Januar 2022 erschien in den Zeitungen Oxi – Wirtschaft anders denken^[1] und Neues Deutschland^[2] ein Interview zum Aufruf »Befreiung hört nicht beim Menschen auf«. Die Interviewten – Trans*-Beraterin und Bildungsarbeiterin Hannah Engelmann^[3], die promovierte Philosophin Friederike Schmitz^[4] und das Mitglied im aktuellen Bundesvorstand der Partei Die Linke (PdL) Didem Aydurmuş^[5] – gaben Auskunft über den von ihnen initiierten Appell^[6,7], der wenige Tage später publiziert wurde.

Dessen Hauptanliegen besteht darin, die »politische Linke« dazu zu bewegen, »die moderne Nutzung von Tieren« in Kritik und Praxis zu berücksichtigen. Dazu wird dargelegt, was den nicht-menschlichen Tieren in der kapitalistischen »Tierindustrie« angetan wird. Ferner wird erklärt, wie es dazu kommt und warum Tiere als »Jemand« und nicht als »Etwas« Solidarität verdienen. Darauf folgen vier Forderungen und acht Fragen, über die nach Meinung der Erstunterzeichner zwischen Tierbewegten und anderen Linken zu diskutieren wäre.

Die grundsätzliche Intention, die deutschsprachige Linke dazu zu bewegen, sich der Tiere als Befreiungsobjekt anzunehmen, ist natürlich richtig. Gleichwohl stellt sich die Frage, wer

eigentlich genau der Adressat ist. Geht es darum, den linken Flügel des bürgerlichen Blocks, sprich Teile der real existierenden Sozialdemokratie oder des grünen Liberalismus inner- und außerhalb der Parteien und Parlamente zu überzeugen? Oder wird mit dem Aufruf das Ziel verfolgt, mit den Kräften ins Gespräch zu kommen, für die Sozialismus nicht ein Papiertiger oder ein Relikt aus der jüngeren Vergangenheit ist?

Da die Strömungen um Kevin Kühnert, Luisa Neubauer oder Janine Wissler auf die Modernisierung des Kapitalismus setzen, im Aufruf aber zu Recht von »Befreiung« die Rede ist, bleibt eigentlich nur die zweite Option. In diesem Fall fragt man sich allerdings, warum die Linke der Einladung zur Debatte überhaupt nachkommen sollte.

Die ebenso banalen wie grauenhaften Tatsachen aus Mastanlagen, Laboren und Schlachtfabriken sind – überwiegend dank engagier-

Die deutschsprachige Linke dazu zu bewegen, sich der Tiere als Befreiungsobjekt anzunehmen, ist natürlich richtig.

ten Tierrechts- und Tierbefreiungsaktivisten – hinlänglich bekannt. Wenn Linke dennoch ihre Ignoranz, bürgerliche Kälte, ihre Lust am Kotelett oder gar ideologische Komplizenschaft mit der Ausbeutung der Tiere durch das Tierkapital nicht ablegen, müsste man sie unter Druck setzen. Hier wäre ein Mix aus Kritik und Konfrontation sowie eigener Stärke das Mittel der Wahl. Nur wenn die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung selber etwas zu bieten hat – etwa eine elaborierte Theorie, Positionen zu anderen Widersprüchen des Kapitalismus, einen hohen Organisationsgrad, politische Erfolge –, werden Linke sie ernst nehmen. Ohne solche Pfründe verhallt jeder noch so gute Appell ungehört.

Aber selbst die sozialistische Linke, die tendenziell für das Anliegen offen und zumindest ansatzweise mit der Kultur der Bewegungslinken vertraut ist, wird dieser Aufruf leider kaum überzeugen. Er ist letztlich Ausdruck von Single-Issue- und Identitätspolitik zur demokratischen Anerkennung von Tieren,

Der Aufruf ist letztlich Ausdruck von Single-Issue- und Identitätspolitik, wie sie die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung in Deutschland mehrheitlich seit Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre vertritt.

wie sie die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung in Deutschland mehrheitlich seit Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre vertritt. Dazu passt die popularisierte Form der Herrschaftskritik, die im Aufruf als Leitideologie fungiert und hinter der sich nicht zufällig radikalliberale

Moralphilosophen, Libertäre und bewegte Sozialdemokraten versammeln können. Die Überausbeutung der Tiere wird als ein Resultat ihres Anders-Seins bzw. Anders-Gemacht-Werdens begriffen (»Das Tier als Prototyp des Anderen«), nicht als Folge der historisch besonderen Form kapitalistischer Eigentums- und Klassenverhältnisse und des Interesses des Tierkapitals, Profit zu akkumulieren.

Mit diesem theoretischen Ballast könnten sich einige Linke sicher auch noch irgendwie arrangieren, würde er nicht mit den entsprechenden Vorstellungen über politische Strategie, Forderungen und Bündnisse einhergehen. Besonders bemerkenswert ist, dass die Erstunterzeichner scheinbar »Veganismus« als zentrale Strategie zum Ausstieg aus der Tierausbeutung wieder entdeckt haben. Dabei sollte mittlerweile angekommen sein, dass (subkulturelle) Lebensweisen für sich genommen oder als ver-

meintlicher Königsweg der Gesellschaftsveränderung im neoliberalen Kapitalismus mehr zur Integration sozial Bewegter und zur Formierung neuer Märkte leisten als zum Widerstand gegen die herrschende Klasse. Ohne Einbettung in eine sozialistische Strategie des Klassenkampfes für die Befreiung der Tiere und gegen die Kapitalisten ist eine vegane Lebensweise bestenfalls etwas fürs gute Gewissen oder eben, was im Appell in Abrede gestellt wird, »eine individuelle Lifestyle-Entscheidung«.

Auch ein Großteil der im Aufruf formulierten Forderungen (drei von vier) sind nicht nur nach innen gerichtet und ausschließlich (sub-)kultureller Natur. Sie sind vor allem auch vage. Was soll es bedeuten, »Tiere in unsere Analyse und Kritik stets« einzubeziehen, oder »die Ablehnung von Gewalt und Ausbeutung gegenüber fühlenden Lebewesen als gemeinsame politische Praxis« zu leben? Und vor allem: Reichte es wirklich aus, wenn Linke diese Anforderungen irgendwie erfüllten? Wäre es nicht eigentlich das Ziel, dass sie Schlachthofblockaden unterstützten oder in Parlamenten für eine Welt ohne Fleischfabriken einstünden? Natürlich, es wird auch »eine anti-kapitalistische Agrarwende« gefordert. Was das aber heißt und wie man dabei auch »für die Tiere« kämpfen soll, wird leider nicht konkretisiert.

Hier wären eher Forderungen angebracht, die tagespolitisch aktuell sind, aber nicht reformistisch vereinnahmt werden können, und die zugleich an die Wurzel der sozialen Probleme gehen und eine revolutionäre Perspektive aufzeigen – »Fleischindustrie enteignen!« zum Beispiel. Das gäbe Orientierung, was den politischen Gegner betrifft, und zugleich über den Kampf für die Befreiung der Tiere hinaus. Man könnte sie zusätzlich problemlos um eine zweite Forderung erweitern, etwa »Kon-

version zu veganer Lebensmittelproduktion!«. Mit einer solchen Kombination könnte man die Linke dazu nötigen, Stellung zu Tierbefreiungspositionen zu nehmen, anstatt schlicht »Tiere« als eine weitere unterdrückte Gruppe in Flyern aufzuführen und veganes Essen bei Workshops und Straßenfesten zur Norm zu machen, ohne dass dies weitere Konsequenzen über die subkulturelle Szene- und Lebenswelt hinaus hätte.

Bemerkenswert ist die Ausrichtung des Aufrufs auch deshalb, weil sie hinter bisherige Entwicklungen in der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung, beispielsweise den verstärkten Fokus auf die Tierindustrie insgesamt, zurückfällt. Aber es mag auch sein, dass einige der Erstunterzeichner Schwierigkeiten damit gehabt hätten, etwa klipp und klar den »Ausstieg aus der Tierindustrie« zu verlangen, geschweige denn zu kritisieren, dass Par-

Die Ausrichtung des Aufrufs fällt hinter bisherige Entwicklungen in der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung zurück.

teien wie SPD, Grüne und die Mehrheit der Linkspartei nicht einmal für die »Befreiung des Menschen« kämpfen. Hinter unverbindlichen Absichtsklä- rungen und ein bisschen Vega- nisierung des eigenen Milieus

hingegen können sich SPD-, Grüne- und Linkspartei-Mitglieder und zivilgesellschaftliche Bewegungslinke, deren Herz aufrichtig für Tiere schlägt, versammeln. Entsprechend ist die Träger- schaft des Appells zusammengesetzt. Damit gewinnt man zwar keinen Blumentopf bei der ernstzunehmenden Restlinken und nützt den Tieren kaum – aber vielleicht mittelfristig mal einem rot-rot-grünen Parteienbündnis.

Raul Lucarelli

Tierversuche politisch abgesichert

Schweizer Volksinitiative gegen Vivisektion
krachend gescheitert

Am 13. Februar 2022 wurde in der Schweiz über die Volksinitiative »Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt« abgestimmt. Treibende Kraft hinter der Vorlage war Renato Werndli, der dem Trägerverein IG Tierversuchsverbots-Initiative vorsteht. Der engagierte Tierrechtsaktivist und Hausarzt wollte mit seinen Mitstreitern dafür sorgen, dass Tierversuche zukünftig verboten wären und somit unter Strafe gestellt werden könnten. Sie hatten zum Ziel, dass der Tierschutzartikel in der Bundesverfassung entsprechend geändert wird. Neu sollte es dort unter anderem heißen: »Tierversuche gelten als Tierquälerei bis hin zum Verbrechen.« Und weiter: »Es muss gewährleistet sein, dass tierversuchsfreie Ersatzansätze mindestens dieselbe staatliche Unterstützung erhalten wie vormals die Tierversuche.«^[1]

Das Begehren wurde jedoch rigoros abgeschmettert. Bei einer Stimmbeteiligung von rund 44,2 Prozent befürworteten lediglich 20,9 Prozent der Abstimmungsteilnehmer das Anliegen, ganze 79,1 Prozent waren dagegen. Die Initiative hatte von Beginn an einen äußerst schweren Stand. Keine Partei unterstützte sie politisch und im Parlament hatten die 200 Nationalräte

geschlossen gegen ihre Annahme votiert. Der Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences proklamierte, die Initiative sei »extrem« und führe »nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft faktisch zu einem Forschungsverbot«. Dies war schließlich auch der allgemeine Tenor, der den Abstimmungskampf quer durch alle politischen Lager bestimmte. Die Versuchsverbotsinitiative riskiere die Volksgesundheit, ließ Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, verlautbaren. In der gesamten Schweiz hingen Plakate, mit denen die Angst verbreitet wurde, dass es bei Annahme der Initiative keine Medikamente oder Impfstoffe mehr geben würde. Renato Werndli und seine Mitstreiter standen inmitten der Coronakrise also einer geeinten Gegnerschaft aus Wirtschaft und Politik gegenüber. Bereits einen Monat vor der eigentlichen Volksabstimmung gestand der 68-jährige Vivisektionsgegner aus dem Kanton St. Gallen öffentlich die Niederlage ein, die dann auch eintrat.

Inhaltlich richtig, taktisch falsch

Es ist längst bekannt, dass es bessere und sicherere Forschungsmethoden gibt als die Anwendung am »Tiermodell«. Tierversuche bieten keine medizinische Sicherheit. 95 Prozent der im Tierversuch für sicher und wirksam befundenen Arzneien fallen durch, wenn sie am Menschen getestet werden, sagen die Ärzte gegen Tierversuche schon seit vielen Jahren.^[2] Trotzdem werden in der Alpenrepublik jährlich rund 200 Millionen Schweizer Franken an Steuergeldern in die Tierversuchsforschung gesteckt, während für Ersatzansätze gerade Mal eine halbe Million bereitgestellt wird.^[3] Hier benötigt es einen radikalen Paradigmenwechsel. Die Tierversuchsverbotsinitiative

ist bei diesem Versuch jedoch krachend gescheitert. Waren die Forderungen der Reform inhaltlich zwar richtig, taktisch war der Vorstoß falsch. Zu ihrer Durchsetzung fehlten offensichtlich die gesellschaftliche Bereitschaft, die politischen, ökonomischen und medialen Bündnispartner sowie schlagkräftige Exponenten, welche sich auf dem parlamentarischen Parkett und im Abstimmungskampf durchzusetzen wissen.

Die Niederlage an der Urne wird den Kampf gegen Tierversuche weiter erschweren. Denn die deutliche Abfuhr, welche das Stimmvolk diesem Anliegen erteilt hat, stärkt die Tierversuchslobby, gibt ihr ideologischen Rückenwind und garantiert ihr vorerst politisch eine sichere Zukunft. Doch so klar das Verdikt ist: Der Kampf gegen Tierversuche muss weitergehen. Staatliche und privatwirtschaftliche Institutionen und Einrichtung müssen verpflichtet werden, Tierversuche zwingend durch andere Forschungsmethoden zu ersetzen, nicht bloß zu reduzieren oder zu verfeinern. Es braucht strikte Regelungen, damit Gelder in tierversuchsfreie Forschung und ihre Entwicklung fließen statt in Vivisektionslabore. Letztere müssen ihre tierquälerischen Methoden verpflichtend zugunsten von Alternativen erneuern und modernisieren. Staatliche bzw. öffentliche Forschungsprogramme für chemische, militärische und ähnliche Zwecke, bei denen Versuche an Tieren vorgenommen werden, müssen gestoppt werden. Tierversuchslabore gehören geschlossen und Tierversuche verboten.

Shedea Studer



mutb.org



marxismusundtierbefreiung



mutb_org



bundnismutb



Bündnis Marxismus und Tierbefreiung



Bündnis Marxismus und Tierbefreiung